

PESTIZIDE

Giftige Connection



Nach der Entdeckung verbotener Pflanzenschutzmittel in Luxemburg und zweifelhaften Empfehlungen eines landwirtschaftlichen Beraterrings steht Landwirtschaftsminister Boden in der Kritik.

Es stinkt in Luxemburg. So ähnlich formulierte es am Dienstag Lucien Weiler, als er in der aktuellen Fragestunde der Chamber den Grünen-Abgeordneten Camille Gira attackierte. In und um die Mülldeponie SIDEDEC bei Diekirch werde nicht nur ein strenger Duft verbreitet, bei Kälbern in der Nähe habe man zudem Missbildungen festgestellt, behauptete der CSV-Fraktionschef. Vorsitzender des SIDEDEC-Verwaltungsrats ist Camille Gira.

Honni qui mal y pense. Riecht das Ganze etwa nach einer Revanche der Christsozialen? Denn Giras Augenmerk gilt zurzeit dem illegalen Handel mit Pestiziden. Und die Fraktion von "Déi Gréng" nahm dies zum Anlass für eine parlamentarische Fragestunde. Begonnen hatte alles am 23. April, als Zollbeamte zwei Lagerhäuser der französisch-luxemburgischen Firma "Comptoir pour l'agriculture perfor-

mante" (CAP+) in Mersch und Aspelt kontrollierten. Dabei stellten sie rund vier Tonnen Pflanzenschutzmittel sicher, die in Luxemburg nicht erlaubt sind. Auf der von der "Administration des services techniques de l'agriculture" (Asta) erstellten Positivliste mit 468 zugelassenen Mitteln fehlen sie jedenfalls. Und eines der beiden Pestizide soll sogar ab Januar nächsten Jahres in der gesamten EU vom Markt genommen werden. Unter den Spritzmitteln waren nach Informationen der Luxemburger Staatsanwaltschaft etwa 1.700 Liter mit dem verbotenen Wirkstoff Atrazin. Der Stoff ist nach Angaben des "Pesticides Action Network Europe" (PAN Europe) in vielen europäischen Ländern schon seit Jahren aus dem Verkehr gezogen.

Gegen den Leiter von CAP+, den Franzosen Jacques Michel, läuft nun ein Ermittlungsverfahren wegen verbotenen Imports und Verkaufs von Spritzmitteln. Der in der vergangenen Woche anberaumte Prozess wurde inzwischen auf den 22. Oktober verschoben. Doch die Kritik Camille Giras richtet sich vor allem gegen zwei andere Männer an der Spitze der Spritzmittelfirma: Marco Gaasch, Präsident des CAP+Verwaltungsrats, ist zugleich Chef der Landwirtschaftskammer, während Verwaltungsratsmitglied Carlo Raus der Bauernzentrale vorsteht. Auf einer Pressekonferenz von "Déi Gréng" am 30. April warf Gira beiden die "Vermischung von Interessen" vor. Man könne doch nicht einerseits die Anliegen der Bauern vertreten und gleichzeitig an der Spitze eines Unternehmens stehen, das die Bauern als Kunden hat, meint Gira. Sowohl Gaasch als auch Raus wiesen den Vorwurf der Interessenvermischung brüsk zurück. Darüber hinaus sind die beschlagnahmten Produkte für beide zwar nicht legal, aber "unbedenklich".

Pestizidspirale dreht sich weiter

Ungeachtet dessen zieht sich die Schlinge um CAP+ weiter zu. Gegen das vor zweieinhalb Jahren von der Bauernzentrale und der französischen Agrargenossenschaft EMC2 gegründete Gemeinschaftsunternehmen liegen noch weitere Vorwürfe vor. Das Umweltministerium bestätigte kürzlich, dass CAP+ für das Lager in Aspelt keine Kommodo-Genehmigung besitzt. Außerdem stellte sich heraus, dass die Firma vermutlich systematisch Steuern hinterzogen hat: Da der Mehrwertsteuersatz für Pflanzenschutzmittel in Luxemburg im vergangenen Jahr auf 15 Prozent angehoben wurde, in

Frankreich aber noch bei 5,5 Prozent liegt, bot CAP+ seinen Kunden an, in Luxemburg gekaufte Mittel über seine französische Filiale abzurechnen.

Die Pestizidspirale dreht sich derweil weiter: "Déi Gréng" liegen Dokumente vor, nach denen ein von der Landwirtschaftskammer geförderter Beraterring Luxemburger Bauern den Kauf von vier Sorten illegaler Pflanzenschutzmittel empfohlen hatte - mit so klangvollen Namen wie Caramba, Flamenco, Folicur und Pronto Plus. Die Bauern seien Opfer einer falschen Beratung geworden, befürchtet Camille Gira. Die Luxemburger Landwirtschaft laufe Gefahr, das Vertrauen der Verbraucher zu verlieren. Nicht zuletzt stünden wertvolle Förderprämien für einige Betriebe auf dem Spiel.

Angesichts des Nitrofen-Skandals in Deutschland sei es "erstaunlich, wie nonchalant in Luxemburg mit Pestiziden umgegangen wird", so Gira am Dienstag im Parlament. "Déi Gréng" fordert deshalb mehr Transparenz im Umgang mit Pflanzenschutzmitteln sowie bessere Kontrollen. Dies richtet sich vor allem auch an Landwirtschaftsminister Fernand Boden (CSV). Dieser unternehme zu wenig, um die Machenschaften in diesem Sektor zu unterbinden.

Boden verteidigt Kontrollsystem

Empört entgegnete Boden dem Grünen-Abgeordneten, dieser zeichne ein pauschal schlechtes Bild von der Landwirtschaft hierzulande. Der Minister verteidigte das System zur Kontrolle von Pestiziden. Es sei entgegen aller Anschuldigungen intakt und habe sogar erst dazu beigetragen, dass die vier Tonnen nicht zugelassener Pestizide bei CAP+ sichergestellt und damit die ganze Sache aufgedeckt wurde. Auch der Begriff "illegal" führe in die Irre. Und da einige in den Nachbarländern erlaubten Produkte hier keine Genehmigung hätten oder unter einem anderen Namen liefen, seien ebenso die landwirtschaftlichen Beratungen unerlässlich.

Ist somit doch alles in Ordnung im Staate Luxemburg und das Ganze nur Panikmache? Für "Déi Gréng" ist die Interessenvermischung in der Agrarszene jedenfalls erwiesen. Was die Pestizide betrifft, schlugen PAN Europe und das Environmental Bureau in Brüssel erst kürzlich deren Reduktion vor. Der Gebrauch von Spritzmitteln sei ein "immer ernstes Problem bei der Verschmutzung des Grundwassers und bei der Verunreinigung von Lebensmitteln", heißt es in der Begründung. Dabei stelle gerade Atrazin ein Risiko für das Grundwasser dar, erklärte Susanne Smolke von der Hamburger PAN-Filiale, also genau jener Stoff, der im April im Lager von CAP+ gefunden worden war. Wenn das nicht zum Himmel stinkt.

Stefan Kunzmann

Prodi verliert die Geduld

Angesichts der schleppenden Entscheidungsfindungen in der EU will Kommissionspräsident Romano Prodi die EU-Kommission straffen und neu organisieren. Vor der 2004 geplanten Erweiterung der Europäischen Union "müssen wir meines Erachtens die Zuständigkeiten innerhalb des Kollegiums auf der Grundlage einer begrenzten Zahl wesentlicher Aufgaben neu verteilen und die Beschlussfassung rationeller gestalten", heißt es in einem offenen Brief an den spanischen Premierminister und derzeitigen Vorsitzenden des EU-Ministerrats, Juan Maria Aznar. Prodis Vorschläge sehen einen hierarchischeren Aufbau der Kommission und eine Zusammenlegung der Arbeitsbereiche vor, die dann mehreren Vizepräsidenten unterstehen. Die wöchentlichen Sitzungen würden sich demnach auf den Kommissionspräsidenten und seine Stellvertreter beschränken. Künftig sollen sie nur noch ein bis zwei Mal pro Monat zusammenkommen, um Grundsatzentscheidungen zu treffen. Prodi hält daran fest, dass auch nach der Erweiterung jedes Mitgliedsland Anspruch auf einen Kommissar hat. Dies hatten die EU-Regierungschefs im Dezember 2000 in Nizza beschlossen. Der Vertrag von Nizza ist allerdings noch nicht in Kraft. Prodi möchte seine Vorschläge beim EU-Gipfel in Sevilla vorstellen.

Findel: Kommodo-Prozedur eröffnet

Das Kommodo-Dossier zum Ausbau des Flughafens liegt in den betroffenen Gemeinden aus, damit sich die BürgerInnen informieren und Einsprüche anmelden können. Gegenüber dem Jeudi bestätigte Transportminister Henri Grethen, dass die von "Aéroports de Paris" (ADP) verfasste Studie, die ein massives Wachstum voraussagt, im Dossier fehlt: Sie sei fehlerhaft. Der Mouvement Ecologique und die lokalen Interessensvereine, die vor einem Mega-Flughafen warnen, wollen sich das komplexe Dossier genau ansehen, bevor sie nächste Woche Stellung beziehen.

CFL-Verwaltungsrat: Mouvement raus

Im CFL-Verwaltungsrat am vergangenen Montag wurde das Mandat von Blanche Weber, Generalsekretärin des Mouvement Ecologique, nicht erneuert. Sie war seinerzeit ernannt worden, um die Interessen der KundInnen zu vertreten. "Grethen vire Blanche", titelt salopp der Quotidien. In der Tat sind sich Transportminister und Führung der Umweltgewerkschaft spinnefeind. Dass es aber um Inhalte und nicht um Personen geht, daran erinnert die sachliche Reaktion des Mouvement auf den Rausschmiss: "Wir bedauern vor allem, dass die für die CFL wichtige Funktion des Kundenvertreters gestrichen wurde", so Blanche Weber.

Paris s'éveille

Les résultats des élections législatives en France sont ce qu'ils sont: le sursaut à gauche n'a pas eu lieu, encore plus de personnes sont restées à la maison qu'une semaine auparavant. Les abstentionnistes deviennent ainsi le premier parti de France. La droite détient désormais 399 des 577 sièges à l'Assemblée nationale. Elle dispose ainsi des pleins pouvoirs pour cinq ans. C'est l'arithmétique liée au suffrage majoritaire qui mène à ces résultats. En pourcentage, l'avance de la droite se fait nettement moins ressentir... Parmi la gauche plurielle, ce sont les Verts qui subissent le coup le plus dur en n'obtenant que trois sièges, c'est-à-dire la moitié de ce dont ils/elles disposaient auparavant. Mais il y a une (légère) consolation: Paris a viré à gauche! De plus, sur les trois député-e-s Vert-e-s, deux viennent de la capitale. C'est une confirmation pour l'actuelle coalition au pouvoir à la Mairie de Paris, beaucoup critiquée pour sa politique dite anti-résident-e-s, notamment en matière de circulation et de stationnement. Ce sont bien les résident-e-s (et électeurs/trices) de la capitale française qui ont créé l'exception à la marée bleue! Paris une sorte de laboratoire rouge-vert pour l'après-Chirac?



Das Lager von CAP+ in Aspelt.

(Foto: Christian Mosar)